

Kernforderungen des FrauenMädchenNetzNRW anlässlich der Koalitionsverhandlungen zwischen der Christlich Demokratischen Union NRW und der Freien Demokratischen Partei NRW

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen sind Frauen und Mädchen.

In allen gesellschaftlichen Bereichen spielt die Geschlechterfrage eine maßgebliche Rolle. Frauen- und Mädchenpolitik ist Gesellschaftspolitik und umfasst die globalen Interessen aller Menschen.

Unser großes Anliegen ist die Berücksichtigung der Vielfalt von Lebenssituationen von Frauen und Mädchen und die Förderung von Lebensformen, die diesen Lebenssituationen entsprechen.

Wir wollen uns mit diesem Papier in die Koalitionsvereinbarungen einmischen und der Tatsache Rechnung tragen, dass Frauen und Mädchen ihr Leben selbst bestimmen wollen und längst auch können.

Wir erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Das Papier ist als Gemeinschaftswerk unterschiedlicher Träger und Organisationen und ihren jeweiligen gesellschaftspolitischen Hintergründen zu verstehen.

Das FrauenMädchenNetz NRW ist ein landesweites Bündnis von Organisationen und Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen, die mit und für Frauen und Mädchen arbeiten und sich für die Belange von Frauen und Mädchen stark machen.

Insgesamt sind mehr als 600 Organisationen und Einrichtungen in unseren Dachverbänden vertreten.

Anti-Gewalt-Arbeit

Wir fordern

- ein Landesfinanzierungsgesetz, welches allen körperlich und /oder seelisch misshandelten oder von Misshandlung bedrohten Frauen und ihren Kindern uneingeschränkt und niedrigschwellig den Schutz eines Frauenhauses ermöglicht, unabhängig von Einkommen, Aufenthaltsstatus, Herkunftsort und Gesundheitszustand oder etwaiger Behinderung /Beeinträchtigung.
- die Anpassung der Landesmittel für die Arbeit in Frauenberatungsstellen und den Fachstellen zu sexualisierter Gewalt an die tatsächliche wirtschaftliche und tarifliche Entwicklung.
- die Bereitstellung zusätzlicher Gelder für Präventionskampagnen gegen Gewalt an Frauen.
- die endgültige Umsetzung und Finanzierung eines flächendeckenden Angebotes der Anonymen Spurensicherung (ASS) nach einer Sexualstraftat.
- die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Gewährung von sofortigem Schutz, Beratung und weiterer erforderlicher Unterstützungsmaßnahmen bei Gewaltandrohung und erlebter Gewalt.

Dachverband der autonomen
Frauenberatungsstellen NRW
Planckstr. 66a, 45147 Essen

Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Landesverband NRW
Fachgebiet Frauen- und
Mädchenorganisationen
Friedensplatz 7, 44135 Dortmund

Fachstelle für Frauen und Beruf
Die Spinnen
Bäuminghausstr. 46, 45326 Essen

FrauenRat NRW
Graf-Adolf-Str. 76
40211 Düsseldorf

FUMA Fachstelle Gender NRW
Rathenastr. 2-4, 45127 Essen

Kompetenzzentrum Frauen und
Gesundheit NRW
Gesundheitscampus-Süd 9
44801 Bochum

LAG Autonome Frauenhäuser NRW
Postfach 500349, 44203 Dortmund

Landesverband autonomer Frauen-
Notrufe NRW e.V.
Talstr. 22-24, 40217 Düsseldorf

LAG autonome
Mädchenhäuser/feministische
Mädchenarbeit NRW
Robert-Geritzmann-Höfe 99
45883 Gelsenkirchen

LAG Lesben in NRW
Sonnenstr. 14, 40227 Düsseldorf

LAG kommunaler Frauenbüros/
Gleichstellungsstellen NRW
Kasernenstr. 6, 40213 Düsseldorf

LAG Mädchenarbeit NRW
Robertstr. 5a, 42107 Wuppertal

LAG Wildwasser NRW
Sudbrackstr. 36a, 33611 Bielefeld

Landeskonferenz der
Gleichstellungsbeauftragten der
Hochschulen und Universitätsklinika
des Landes NRW
c/o Universität Paderborn
Warburger Str. 100
33098 Paderborn

NetzwerkBüro Frauen und Mädchen
mit Behinderung / chronischer
Erkrankung NRW
Neubrückenstr. 12, 48143 Münster

Mädchen und Jungen in der Kinder- und Jugendhilfe

Wir fordern,

- dass Förderpläne, Jugendhilfepläne, Wirksamkeitsdialoge, Richtlinien und Berichtswesen noch intensiver daraufhin überprüft werden, inwieweit mehrfachdiskriminierte Mädchen* gleichermaßen an den vom Land geförderten nonformalen Bildungs- und Freizeitangeboten partizipieren wie z. B. Kinder- und Jugendliche, die keine Rassismuserfahrungen machen und/oder Bildungsprivilegien genießen.
- dass der KJFP NRW dazu beitragen muss, dass die Mädchen*- und Jungen*arbeit sowie eine Geschlechter- und Diversitätsreflexion in den Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit verankert und dementsprechend die Expertise der geschlechterbezogenen Fachstellen zu Gender, Mädchen*- und Jungen*arbeit bei der Weiterentwicklung und Umsetzung verschiedener Programme in diesem Kontext eingeholt wird. Ein geschlechter- und differenzreflektierter Blick auf Ausgaben bzw. Ansätze im Kinder- und Jugendförderplan des Landes NRW ist weiterhin notwendig, um eine dementsprechend ausgeglichene Verteilung der Mittel zu erreichen.

Frauen und Mädchen mit Behinderungen

Wir fordern

- die konsequente und barrierefreie Einbeziehung des Expertinnenwissens behinderter Frauen in alle Prozesse der Umsetzung der UN-BRK.
- den Abbau des eklatanten Mangels an Trauma-Therapieangeboten für Frauen und Mädchen mit Lernbehinderung und die Erweiterung des therapeutischen Behandlungsspektrums durch über Sprache hinausgehende Kommunikationsmittel

Lesbenpolitik

Wir fordern

- die kontinuierliche Fortsetzung und Weiterentwicklung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Parteien, Fraktionen, Politik, Ministerien und NROs an einem landesweiten Maßnahmen- und Förderplan für Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.
- die bedarfsgerechte Förderung von bestehenden und (vor allem im Hinblick auf weitere Themenfelder) neuen Strukturen sowie landesweiter und regionaler Maßnahmen zum Abbau von Homo- und Trans*feindlichkeit bzw. zur Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter* Menschen und der Etablierung dieser Querschnittsaufgabe in allgemeinen Regelstrukturen durch Sensibilisierung, Fortbildung und Beratung.
- die Förderung von bestehenden und (vor allem im Hinblick auf flächendeckende Versorgung) neuen Strukturen sowie landesweiter und regionaler Maßnahmen der Selbstorganisationen, ihrer Spezialberatung und deren Vernetzung zur Sicherung und zum Ausbau bedarfsgerechter Beratungs-, Begleitungs- und Qualifizierungsstrukturen für Lesben, Schwule,

Bisexuelle, Trans* und Inter* Menschen sowie die Qualifizierung zivilgesellschaftlicher LSBT*I*-Begegnungsangebote.

- die Einrichtung einer ressortübergreifenden Stabs-, Koordinierungs- und Antidiskriminierungsstelle für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt.

Frauen und Arbeit

Wir fordern,

- die eigenständige Existenzabsicherung durch individuelle Aufstockung von Arbeitszeitvolumen zur Vorbeugung drohender Altersarmut
- die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf zu ermöglichen
- Verbesserung von Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten von weiblichen Beschäftigten.

Wissenschaft und Hochschule

Wir fordern,

dass die Gleichberechtigung von Frauen und Männern an Hochschulen und Universitätsklinika in Nordrhein-Westfalen weiterhin zentrales Ziel der Landesregierung bleibt. Hierzu gilt es zum einen, die Frauenanteile in Führungspositionen auf Wissenschafts- und Verwaltungs- bzw. Managementebene weiterhin zu erhöhen und zum anderen, die strukturelle Diskriminierung von Frauen abzubauen sowie die Ursachenforschung dazu durch den Ausbau der Genderforschung weiter zu stärken. Dies kann nur auf Basis rechtlicher Grundlagen mit Durchschlagskraft gelingen. Die diesbezüglichen gleichstellungspolitischen Erfolge der letzten Jahre dürfen nicht rückgängig gemacht oder unterlaufen werden. Vielmehr gilt es nun, die Hochschulen und Universitätsklinika in der Umsetzung der guten Gesetzesgrundlagen politisch wie praktisch zu unterstützen.

Antidiskriminierungsarbeit

Wir fordern

- zur Gewährleistung eines Diskriminierungsschutzes auf Landesebene ist die Erarbeitung und Umsetzung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) für NRW notwendig. Empfehlenswert ist weiterhin die Einrichtung einer Landesantidiskriminierungsstelle, die verschiedene nicht-staatliche Antidiskriminierungsstellen koordiniert, in Diskriminierungsfällen informiert, berät und dokumentiert, eigene Forschungen anstellt und Empfehlungen an die Politik abgibt.

Düsseldorf, im Mai 2017